

Inhalt

1-4	Im Blickpunkt • Ausbau der Ganztagschulen • Preiswerten Wohnungsbau langfristig fördern • Luftreinhaltung in Städten
3	Beschlüsse
6-12	Forum • Jugend lebt Stadt – Hannover auf dem Weg zu einer jugendgerechten Kommune Von Stefan Schostok • Unterstützung für „Jugendgerechte Kommunen“ Von Anna Grebe • Smarte Städte benötigen eine integrierte Verwaltung Von Oliver Christopher Will • „Veränderung geht nur über Vertrauen“ Interview mit Dr. Frank Mentrup
13	Aus den Städten
13	Fachinformationen
14	Personalien
16	Termine

Ganztagsangebot an Schulen ausbauen – kein Rechtsanspruch auf Bundesebene

Der Deutsche Städtetag fordert die Länder auf, ihre Angebote für die Betreuung und Förderung von Grundschulkindern am Nachmittag auszubauen. Das sollte der Bund finanziell unterstützen. Sowohl der qualitative als auch quantitative Ausbau der Ganztagschulen ist gesellschaftspolitisch sinnvoll, aber Aufgabe der Länder. Die Städte lehnen daher einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung von Grundschulkindern durch ein Bundesgesetz ab, wie es die Pläne der bisherigen Koalitionsparteien in ihren Wahlprogrammen mit sich bringen würden. Die im Sozialgesetzbuch VIII verankerte kommunale Jugendhilfe sei aus finanzieller, personeller und organisatorischer Sicht nicht geeignet, bundesweit einen individuellen Rechtsanspruch auf Betreuung und Bildung für Schulkinder sicherzustellen. Das betonte der Deutsche Städtetag nach einer Sitzung seines Präsidiums am 12. September in Kassel.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, sagte: „Der Bedarf an ganztägiger Betreuung und Förderung von Kindern in den Grundschulen wächst seit Jahren. Deshalb ist es sinnvoll, Elternwünschen nachzukommen und nach der Kita-Zeit auch mehr Plätze in Ganztagschulen anzubieten. Ein individuelles Recht auf ganztägige Betreuung und Förderung von Grundschulkindern sollte man allerdings dort ansiedeln, wo es hingehört, nämlich an den Schulen, die diese Schülerinnen und Schüler besuchen. Die für die Schulen zuständigen Länder sollten dafür das nötige Geld in die Hand nehmen und dabei auch vom Bund unterstützt werden. Ein Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung und Bildung von Grundschulkindern über die kommunale Jugendhilfe, wie er derzeit auf Bundesebene diskutiert wird, ist der falsche Weg.“

Insgesamt 32 Prozent der Grundschulkindern wurden im Jahr 2015 in Ganztagschulen und weitere 16 Prozent nachmittags in Horten betreut. Eine Prognos-Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums schätzt, dass für 560.000 Kinder zusätzliche Plätze oder ergänzende Angebote erforderlich sind.

Städtetagspräsidentin Lohse: „Wenn Eltern erwerbs-tätig sind und eine Ganztagschule für ihre Kinder wählen wollen, werden Kinder dort individuell unterstützt und ganzheitlich gefördert. Auch die Lernmotivation und das Sozialverhalten können dadurch gestärkt werden. Das kann Bildungs- und Integrationschancen der Kinder erhöhen.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die meisten Ganztagschulplätze sind mit großem Engagement von Ländern und mit Unterstützung des Bundes in den vergangenen Jahrzehnten geschaffen worden. „Wenn jetzt plötzlich die ganztägige Grundschulbetreuung mit einem Rechtsanspruch organisatorisch hin zu den Kommunen verlagert werden sollte, würden gleichzeitig die wichtigen bereits bestehenden Ganztagschulangebote in Frage gestellt. Das kann niemand wollen. Deshalb halten wir es für unumgänglich, dass der Bund sich mit den Ländern in dieser Frage verständigt. Denn ein Parallelsystem mit individuellen Rechtsansprüchen in Zuständigkeit der kommunalen Jugendhilfe aufzubauen, ist nicht sinnvoll“, so Städtetagpräsidentin Lohse weiter.

Die Städte sind zudem weiter damit beschäftigt, ihre erheblichen Anstrengungen für den Ausbau an Kita-Plätzen fortzusetzen. Die kommunalen Ausgaben für die Kindertagesbetreuung bis sechs Jahre haben sich zwischen den Jahren 2005 und 2015 von 5,6 Milliarden Euro auf 10,3 Milliarden Euro nahezu verdoppelt. Neben dem weiteren quantitativen Ausbau der Kitabetreuung soll zudem auch der qualitative Ausbau vorangetrieben werden. Deshalb wäre es kontraproduktiv und nicht leistbar, die ganztägige Betreuung und Bildung von Grundschulkindern in die Verantwortung der Kommunen zu verlagern, erklärte Lohse abschließend.

Deutscher Städtetag: Preiswerten Wohnungsbau zielgenau und langfristig fördern – Bundes- und Landesflächen freigeben

Der Deutsche Städtetag verlangt angesichts des in vielen Städten bestehenden Wohnungsmangels und steigender Mieten von Bund und Ländern eine Neuausrichtung der Wohnungs- und Baulandpolitik. Außerdem müsse der Bund die wichtige Aufgabe des sozialen Wohnungsbaus weiterhin mitverantworten und dürfe sie nicht allein den Ländern überlassen. Die Städte fordern Bund und Länder auf, die Wohnraumförderung mit zielgenauen Förderinstrumenten so auszubauen, dass deutlich mehr bezahlbare Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung gebaut werden, mehr Wohnungen im sozialen Wohnungsbau entstehen und bestehende Sozialwohnungen ihre Sozialbindung nicht verlieren.

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, sagte nach der Präsidiumssitzung in Kassel: „Der positive Trend bei der Zahl der erteilten Baugenehmigungen und aktuellen Baufertigstellungen droht schon wieder einzubrechen. Der Wohnraummangel verbunden mit stetig steigenden Mieten bleibt vor allem in Groß- und Universitätsstädten mit wachsenden Einwohnerzahlen ein großes Problem und auch für die nächsten Jahre eine Herausforderung. Deshalb müssen Bund und Länder die Förderung nochmals verstärken und das

Bauen dort, wo der Wohnungsmangel besteht, im mittleren und niedrigen Preissegment und bei Sozialwohnungen, attraktiver machen.“ Für zielführend hält der Deutsche Städtetag eine Investitionszulage für den Bau preisgünstiger Mietwohnungen, womöglich ergänzt um eine steuerliche Sonderabschreibung sowie die differenzierte Eigentumsförderung nach Zielgruppen, Fördergegenständen und Standorten. Damit nicht immer erst auf einen Wohnraummangel reagiert wird, fordert der Deutsche Städtetag eine langfristige und ressortübergreifende Wohnungs- und Baulandpolitik.

Wesentliches Hemmnis beim Wohnungsbau sind in Städten mit Wohnungsmangel meist das zu knappe Flächenangebot und die hohen Grundstückspreise für angebotene Flächen. Die betroffenen Städte bemühen sich intensiv um eine aktive Baulandpolitik, entwickeln Baulandstrategien, geben Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum preisreduziert ab und verankern Quoten für bezahlbare Wohnungen in städtebaulichen Verträgen. Um dieses Bemühen zu unterstützen, sollten Bund und Länder stärker dafür sorgen, dass auch auf potenziell dafür geeigneten Bundes- und Landesflächen das Bauen für breite Schichten der Bevölkerung und sozialer Wohnungsbau möglich werden.

„Wir wünschen uns von Bund und Ländern, dass auch sie sich zu einer gemeinwohlorientierten Baulandpolitik bekennen. Der Bund ist zudem gefordert, den Kommunen den Kauf von Bundesliegenschaften für den Wohnungsbau zu erleichtern. Zielführend wäre es, erweiterte Vorkaufsrechte für Kommunen gesetzlich zu verankern. Helfen könnte außerdem ein Wohnbauland- und Erschließungsfonds oder auch die Förderung kooperativer Baulandmodelle“, machte Städtetagsvizepräsident Maly deutlich. Darüber hinaus werden Bund und Länder aufgefordert, Stadt-Umland-Kooperationen zu fördern und die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen. Denn die von Wohnungsmangel betroffenen Städte – insbesondere in den Ballungsräumen – werden die Herausforderungen nicht ohne die jeweils umliegenden Gemeinden bewältigen können.

Die Städte wollen, dass der Bund auch in der neuen Legislaturperiode die Ziele der Wohnungsbauoffensive konsequent weiterverfolgt und das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen fortführt. Zwar konnte die Spirale steigender Mieten damit nicht gestoppt werden, gleichwohl hat die Wohnungsbau-Offensive des Bundes wichtige Fortschritte gebracht. Durch sie wurden zahlreiche Prozesse für den Wohnungsbau angestoßen. Hinzu kamen neue Ideen, um Bauland zu mobilisieren und die Innenentwicklung zu fördern, flexiblere Stellplatzregelungen und serielles Bauen. Und es wurden Standards aus den Bereichen Energie, Umwelt und Technik hinterfragt, erläutert Maly: „Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ist ein wichtiges Signal der Bundesregierung, der kommunalen Spitzenverbände und der Wohnungsverbände für eine kooperative, ergebnisorientierte Wohnungspolitik.“

Beschlüsse des Präsidiums in Kassel:

- Nationales Forum Diesel
- Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder im Grundschulalter
- 10 Jahre „Aachener Erklärung“: Bilanz und Perspektiven kommunaler Bildungspolitik
- Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Schulessen

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik „Presse“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Schlaglicht: Stickoxid-Belastung in den Städten

Zur aktuellen Debatte um die Stickoxid-Belastung und Dieselfahrzeuge in den Städten finden Sie auf der Startseite des Deutschen Städtetages im Internet ein Schlaglicht. Dort sind aktuelle Statements, Interviews und Entwicklungen zum Thema zusammengefasst unter www.staedtetag.de.

Luftreinhaltung in den Städten: Städte leisten Beitrag für umweltfreundlichen Verkehr – Unterstützung von Bund und Ländern nötig

Die Luftqualität zu verbessern und die Gesundheit der Menschen zu schützen, treibt viele Städte um. Nach einem Treffen zur Luftqualität in den Städten mit der Bundeskanzlerin, Bundesministern, Ministerpräsidenten und Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern am 4. September in Berlin erklärten die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, und der Vizepräsident, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg: „Das heutige Treffen, an dem 27 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister aus Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages teilnahmen, war ein erster Austausch. Die Städte haben ihre Erwartungen an Bund, Länder und Automobilindustrie sehr deutlich gemacht. Wir haben klar gesagt: Die Städte sind nicht die Verursacher der hohen Stickoxid-Werte und sie können das Problem mit ihren Mitteln auch nicht lösen. Sie leisten ihren Beitrag, aber der Schlüssel zur Problemlösung liegt bei der Automobilindustrie. Denn bis zu drei Viertel der Stickoxid-Emissionen im Verkehr in der Stadt werden von Diesel-PKW verursacht.“

Unsere Rolle ist: Wir engagieren uns als Städte sehr für mehr umweltfreundlichen Verkehr. Wir bauen den ÖPNV aus, den Radverkehr, die Elektromobilität, das Carsharing. Wir rüsten Busse um, verbessern das Verkehrsmanagement, machen Verkehr flüssiger und reduzieren ihn. Wir sind entschlossen, diese Anstrengungen fortzusetzen und auch noch zu verstärken.

Dafür brauchen wir dann allerdings auch stärkere finanzielle Unterstützung, damit wir unsere Maßnahmen für eine bessere Luftqualität noch ausbauen und beschleunigen können. Wir brauchen diese Unterstützung, damit wir Busse und Fuhrparks schneller umrüsten und den ÖPNV modernisieren und an die wachsenden Anforderungen anpassen können. In einem ersten Schritt, den wir begrüßen, wurde zugesagt, den Anfang August angekündigten Mobilitätsfonds durch Bundesmittel von 500 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro aufzustocken, und die Mittel sollen noch ab 2017 sofort zur Verfügung stehen.“ Eine nachhaltige Erhöhung der Bundesmittel für städtische Großprojekte der Gemeindeverkehrsfinanzierung von derzeit 330 Millionen Euro wurde unter Hinweis auf das Ende der Legislaturperiode bei dem Treffen nicht zugesagt.“

ÖPNV ist erheblich unterfinanziert

Vor dem Treffen im Kanzleramt hatte Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) deutlich gemacht, dass der öffentliche Personennahverkehr im Zentrum einer nachhaltigen Mobilität in den Städten steht und besser finanziert werden muss: „Wir werden daran erinnern, dass der kommunale öffentliche Personennahverkehr erheblich unterfinanziert ist. Daraus folgt für uns: Bund und Länder müssen sich in der nächsten Legislaturperiode finanziell deutlich stärker für den kommunalen ÖPNV engagieren. Das ist nötig, um nachhaltig die Luftqualität zu verbessern und die Klimaziele einzuhalten.“

Städte wollen Fahrverbote vermeiden

Gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hatte die Städtetagspräsidentin im Vorfeld eine Aufstockung des Mobilitätsfonds für die Städte gefordert. Lohse sagte: „Die Feinstaubbelastung konnte durch die Anstrengungen der Kommunen in den vergangenen Jahren spürbar gesenkt werden. Bei den Stickoxiden durch Dieselfahrzeuge dagegen stoßen die Städte mit ihren Möglichkeiten an Grenzen, nicht zuletzt wegen der stark gestiegenen Zahl der Dieselaautos. Unsere Maßnahmen in den Städten helfen zwar, aber durchgreifenden Erfolg müssen vor allem Maßnahmen der Automobilindustrie bringen. Die Schadstoffe an der Quelle zu bekämpfen, muss oberstes Gebot sein. Die Autos müssen einhalten, was die Hersteller versprechen. Da ist viel Vertrauen verlorengegangen. Die Zeit drängt wegen der laufenden Gerichtsverfahren zum Gesundheitsschutz der Menschen. Es muss daher sehr schnell gehandelt werden.“

Lohse machte darüber hinaus gegenüber der FAZ deutlich: „Die Städte wollen in ihrem Verantwortungsbereich alles tun, um Fahrverbote zu vermeiden. Entscheidend wird am Ende in der Praxis dennoch sein, wie schnell und wie stark die Schadstoffbelastung durch Dieselfahrzeuge sinkt. Fahrverbote in einzelnen Städten sind angesichts der bisherigen Gerichtsurteile erst dann wirklich vom Tisch, wenn die Maßnahmen durchgreifend und rasch wirken.“ Schon beim Diesel-Gipfel Anfang August habe Einigkeit bestanden, dass weitere Schritte folgen müssen. Dazu müssten beim zweiten Gipfel nach der Bundestagswahl Vereinbarungen getroffen werden.

Wie heißt die größte Chance Ihres Stadtwerkes? Zukunft!

Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft
Ihres Stadtwerkes erfolgreich gestalten!
www.stadtwerkezukunft.de

 **thuga**
Das große Plus der Gemeinschaft

„Jugend lebt Stadt“ – Hannover auf dem Weg zu einer jugendgerechten Kommune

Von Stefan Schostok

Unsere Gesellschaft braucht die Jugend – ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Potenziale. Die Altersgruppe der 12- bis 27-Jährigen steht vor eigenen Entwicklungsaufgaben und Herausforderungen – bei einer gleichzeitig gewachsenen Erwartungshaltung an sie. Um sie in dieser entscheidenden Lebensphase zu unterstützen und ihre Fähigkeiten anzuerkennen, müssen Rahmenbedingungen sowie die Teilhabechancen junger Menschen und ihre aktiven Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt und ausgebaut werden. Die kommunale Ebene spielt hier eine wichtige Rolle, denn diese ist den Jugendlichen räumlich und politisch am nächsten.

Hannover ist eine junge, wachsende Stadt. Rund 120.000 Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren leben hier. Das sind knapp 20 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Hannovers. Eine Vielzahl von ihnen organisiert sich selbst in unterschiedlichen Jugendverbänden, Jugendkulturen und Jugendszenen im gesamten Stadtgebiet. Dabei sind alle Facetten vertreten – vom Engagement für Veranstaltungen und in Strukturen der Verbände und Einrichtungen über Trendsportarten wie Parcour oder BMX bis zu Musik und Tanz wie Hip-Hop oder Kultur und Kunst.

Teilhabe und Partizipation von Jugendlichen und jungen Menschen sind schon lange wichtige Themen in der Stadt Hannover und werden besonders gefördert. Es gibt eine Vielzahl von Beteiligungsprojekten und -formen verschiedenster Ausrichtung von unterschiedlichen Akteuren wie Vereinen und Jugendverbänden, freien Jugendinitiativen, kommunalen Einrichtungen und oder Bildungsinstitutionen.

Im Hinblick auf die Interessen und Bedarfe junger Menschen soll das Thema „Teilhabe und Partizipation von Jugendlichen“ in den nächsten Jahren noch stärker als bisher in der Kommunalpolitik verankert werden. Es soll verstärkt in den Blick der Öffentlichkeit gerückt werden; Jugendliche und junge Erwachsene sollen in jugendgemäßen und nachhaltigen Formen an Stadtentwicklung beteiligt werden. Dafür beteiligt sich die Stadt Hannover seit Herbst 2015 unter dem Motto „Jugend lebt Stadt – jugendgerechtes Hannover“ in Kooperation mit dem Stadtjugendring Hannover e.V.



Auftakt für „Jugend lebt Stadt – jugendgerechtes Hannover“ war der Stadtjugendtag 2015. Der Festivalcharakter dieses Events lud zum lockeren Verweilen und zum konzentrierten Austausch ein. Unter der Fragestellung, wie Hannover sich bis 2030 entwickeln soll, wurde in unterschiedlichen jugendgerechten Formaten diskutiert.

Foto: Landeshauptstadt Hannover, Konstanze Kalmus

und weiteren 15 Referenzkommunen an dem Bundesprojekt „Jugendgerechte Kommune“. Dabei sollen Wege gefunden werden, wie junge Menschen an allen gesellschaftlich relevanten Fragestellungen und Politikfeldern beteiligt werden können – und zwar von Anfang an. Es ist ein Prozess, bei dem in jeder Phase Jugendliche und junge Erwachsene beteiligt und gefragt werden, bei dem sie mitbestimmen und mitgestalten können. Er wird daher von Jugendlichen und Hauptamtlichen der Landeshauptstadt und des Stadtjugendrings gemeinsam gesteuert und gestaltet.

Mit der Teilnahme an „Jugendgerechte Kommune“ werden Jugendliche aufgefordert und befähigt, Formate zu entwickeln, die eine strukturell verankerte Beteiligung an kommunalpolitischen Themen und Entscheidungen ermöglichen. Dieses erfolgt im Sinne des Politikansatzes „Eigenständige Jugendpolitik“, der Interessen und Bedarfe junger Menschen ressortübergreifend in den Mittelpunkt politischen Handelns stellt.

Konkret geht es in Hannover um:

- Stärkung und Ausbau von Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten an kommunalpolitischen Themen und Entscheidungen,
- Entwicklung und Verankerung von nachhaltigen Strukturen für ein jugendgerechtes Hannover,
- Aufbau jugendgerechter Informations- und Kommunikationswege und
- Ausbau attraktiver Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten für alle Jugendlichen.

Dazu sollen regelmäßige Dialoge zwischen Jugend, Politik und lokalen Akteuren geschaffen, „Jugend“ als Querschnittsthema in der Verwaltung etabliert, ein Rahmenkonzept für eine jugendgerechte Kommune erarbeitet und eine nachhaltige Beteiligungs- und Mitbestimmungsstruktur sowie (Mit-)Verantwortungskultur geschaffen werden. Die Jugend ist der Schlüssel für die Zukunft unserer Stadt: Im Stadtentwicklungsprogramm „Mein Hannover 2030“ ist „Jugend lebt Stadt – jugendgerechtes Hannover“ ein bedeutendes Referenzprojekt aus dem Handlungsfeld „Inklusion, Integration, Teilhabe“.

So wurde beschlossen: „Mein Hannover 2030 ...“

- verankert systematisch die Interessen und Bedarfe junger Menschen auf der Grundlage eines jugendgerechten Leitbildes;
- bietet Jugendlichen und jungen Menschen vielfältige und wirkungsvolle Bildungs-, Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten und arbeitet vernetzt und abgestimmt, fördert die aktive Teilhabe und Selbstorganisation.

Vieles wurde seit Herbst 2015 bereits bewegt: Eine Steuerungsgruppe aus Jugendlichen (JulStar) und Hauptamtlichen hat sich gegründet und arbeitet; regelmäßige Jugendforen und temporäre Arbeitsgruppen mit, von und für Jugendliche finden statt; ein internes und externes Netzwerk zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wird aufgebaut; jährlich zentrale Jugendaktionen und sozialraumorientierte Projekte finden ebenso statt wie ernsthafte und transparente Beteiligungsprozesse, die Förderung und Stärkung von Selbstorganisation und persönlichen Kompetenzen (Empowerment). Darüber hinaus wird Jugendbeteiligung als Bildungsauftrag verstanden: das Demokratieverständnis soll gestärkt (Demokratieerziehung und politische Bildung), jugend- und geschlechtergerechte

Beteiligungsmöglichkeiten entwickelt und Jugend(-kulturen) sichtbar gemacht werden. Schulische und außerschulische Beteiligung sowie jugendgerechte Stadtentwicklung und Stadtplanung sollen vernetzt werden.



„Jugend im öffentlichen Raum“ mit ihren Anliegen, Trendsportarten, Jugendkulturen usw. ist ein wichtiges Thema im Prozess „Jugend lebt Stadt“. Im August 2016 fand dazu eine Veranstaltung auf dem Kröpcke statt: „Platz Nehmen“. In Hannovers Wahrzeichen, der Kröpcke-Uhr, wurde mit VertreterInnen aus Politik und Verwaltung und jungen Menschen über das Thema „öffentlicher Raum“ gesprochen.

Foto: Landeshauptstadt Hannover, Konstanze Kalmus

In Hannover haben sich viele gemeinsam auf den Weg zur jugendgerechten Kommune gemacht. Die Bereitschaft für jugendgerechte Dialoge, das gegenseitige Zuhören, das Ernstnehmen von Jugendlichen und ihren Ideen und eine Haltung für jugendgerechte Beteiligung sind gewachsen und haben sich weiterentwickelt.

Jugendliche und junge Erwachsene stehen mit lokalen Akteuren, Politikerinnen und Politikern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung im Gespräch; sie tauschen sich aus, wie und woran sie beteiligt werden wollen und welche Themen ihnen in ihrer Stadt wichtig sind. Mit viel Kreativität, Interesse und großem Engagement zeigen sie ihren Blick über Generationengrenzen hinweg, mischen sich ein und reden mit. Wir begreifen das als große Chance für Hannover, die wir gern nutzen.

Stefan Schostok
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Jugendgerecht vor Ort: Unterstützung für „Jugendgerechte Kommunen“

Von Anna Grebe

„Jugendgerechtigkeit bedeutet für mich nicht nur, dass Jugendliche genauso ihre Ideen einbringen können wie Erwachsene, sondern auch, dass alle Jugendlichen, egal in welche Schule sie gehen oder wie viel Geld ihre Eltern haben, die Möglichkeit bekommen, ihre Ansichten über ihre Stadt einzubringen und zwar so, dass sie gehört und im besten Fall bearbeitet werden.“ Dieses Zitat eines Jugendlichen, das im Rahmen eines unserer Workshops entstanden ist, macht deutlich: Jugendliche wissen zumeist selbst sehr genau, was sie als ungerecht empfinden. Ungerecht ist etwa, wenn ihr Jugendzentrum räumlich der Kita weichen muss. Jugendliche fühlen sich nur selten von politischen Entscheidungsträgern wahr- und ernstgenommen – dies zeigt nicht zuletzt auch die im Juli 2017 erschienene Jugendstudie von YouGov. Um der Jugend eine Stimme zu verleihen und langfristige Verbesserungen der Lebenslagen junger Menschen zu erreichen, hat das Bundesjugendministerium die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft 2015 bis 2018“ initiiert. Eine bedeutende Rolle spielt hier die kommunale Ebene, denn dort sind Jugendliche direkt ansprechbar und unmittelbar betroffen.

Prozess „Jugendgerechte Kommunen“

Der Prozess „Jugendgerechte Kommunen“ ist Teil der Jugendstrategie. Von Herbst 2015 bis Sommer 2018 begleitet die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ (angesiedelt bei der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e.V. – AGJ) insgesamt 16 Kommunen auf ihrem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit. Beteiligt sind Städte, Kreise und Gemeinden aller Bundesländer, die mit Blick auf ihr jugendpolitisches Profil unterschiedlich aufgestellt sind. So heterogen die Voraussetzungen für jugendpolitische Veränderungen sind – also finanziell, strukturell sowie personell – es eint sie die Überzeugung, dass unsere Gesellschaft jugendgerechter werden muss. Überdies haben die kommunalen Akteure in einem gemeinsamen Peer-Learning-Prozess die Gelegenheit, voneinander zu lernen.

Die Koordinierungsstelle unterstützt die Kommunen ideell bei der Prozessplanung und -umsetzung sowie bei Veranstaltungen vor Ort und bietet ihnen Qualifizierung, Vernetzung und Fachaustausch. Viele Kom-

munen möchten erreichen, dass Jugendbeteiligung gemeinsam mit Jugendlichen gestaltet, etabliert und legitimiert wird. Ein weiteres Ziel ist beispielsweise, Jugendpolitik als Querschnittsthema zu verankern und in alle Fachbereiche zu bringen. Ein wichtiger Schritt ist auch beispielsweise die Nutzung neuer Kommunikationswege in jugendgerechter Sprache, um einen Dialog zwischen Politik und Jugend herzustellen. Einige der Kommunen gehen zudem Bedarfe in den Bereichen Mobilität, Jugendräume, Budgets der Jugendarbeit und Jugendwohnen an.

Jugendgerecht werden – eine Werkzeugbox

Wo finden sich Hilfestellungen, um das Ziel der jugendgerechten Kommune zu verwirklichen? Welche guten Argumente gibt es eigentlich für eine jugendgerechte Gesellschaft? Wie kann ich passende Jugendbeteiligungsformate vor Ort etablieren? Was kann Politik und Verwaltung konkret tun? Wie können Fachkräfte Jugendliche unterstützen?

Diese und viele weitere Fragen stehen im Mittelpunkt der Werkzeugbox „Jugend gerecht werden“, welche online unter werkzeugbox.jugendgerecht.de allen Interessierten zur Verfügung steht. In der Werkzeugbox werden zahlreiche praxisnahe Inhalte zur Verfügung gestellt, die Jugendliche, Fachkräfte sowie Politik und Verwaltung dabei unterstützen können, sich vor Ort für mehr Jugendgerechtigkeit zu engagieren. Dabei handelt es sich um eine Sammlung von Empfehlungen mit konkret nutzbaren Methoden und Handreichungen sowie Argumentationshilfen und weiterführenden Informationen. Die Fülle an Materialien ist den vier Handlungsfeldern jugendgerechter Kommunen zugeordnet und bietet so die Möglichkeit, passende Angebote für die individuelle Fragestellung zu finden. Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ stellt hier zudem Materialien aus dem Prozess „Jugendgerechte Kommunen“ bereit. Die Werkzeugbox ist als wachsendes Angebot konzipiert und wird regelmäßig um praxisrelevante Inhalte erweitert und ist kostenfrei verfügbar.

Dr. Anna Grebe
Referentin der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“

Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS



Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS

Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG

ist das seit über 70 Jahren bewährte Standardwerk mit ca. 46.000 Seiten pro Land zu allen praxisrelevanten Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung. Kompetente und erfahrene Fachleute aus zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis gewährleisten ein Höchstmaß an Kompetenz und Rechtssicherheit zu den zentralen Bereichen: Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines – Wirtschaft, Vergabe und Verkehr – Sicherheit und Ordnung – Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur – Bauwesen, Umwelt und Natur.

...dazu das Beck-PLUS: Beck'sche Online-Kommentare, Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften

Beck'sche Online-Kommentare TVöD, TV-L, TV-L Entgeltordnung, TVöD Entgeltordnungen und VwVfG

Beck'sche Gesetze Digital Landes-, Bundes- und EU-Recht

- Landesrecht im Umfang der jeweiligen Beck'schen Loseblatt-Textsammlung
- Rund 8.800 Gesetze und Verordnungen des Bundes
- Rund 1.900 internationale und EU-Vorschriften

Rechtsprechung aktuell und im Volltext, Aufsätze zum Kommunalverwaltungsrecht

Zeitschriften mit Archiven

- NVwZ seit 1982, NVwZ-RR ab 1988, KommJur ab Mitte 2005

Infos: www.beck-shop.de/go/Kommunalpraxis

► schon ab € 41,50/Monat
(zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)

Smarte Städte benötigen eine integrierte Verwaltung – Zentrale Zukunftsthemen innovativ und quer vernetzt angehen

Von Oliver Christopher Will

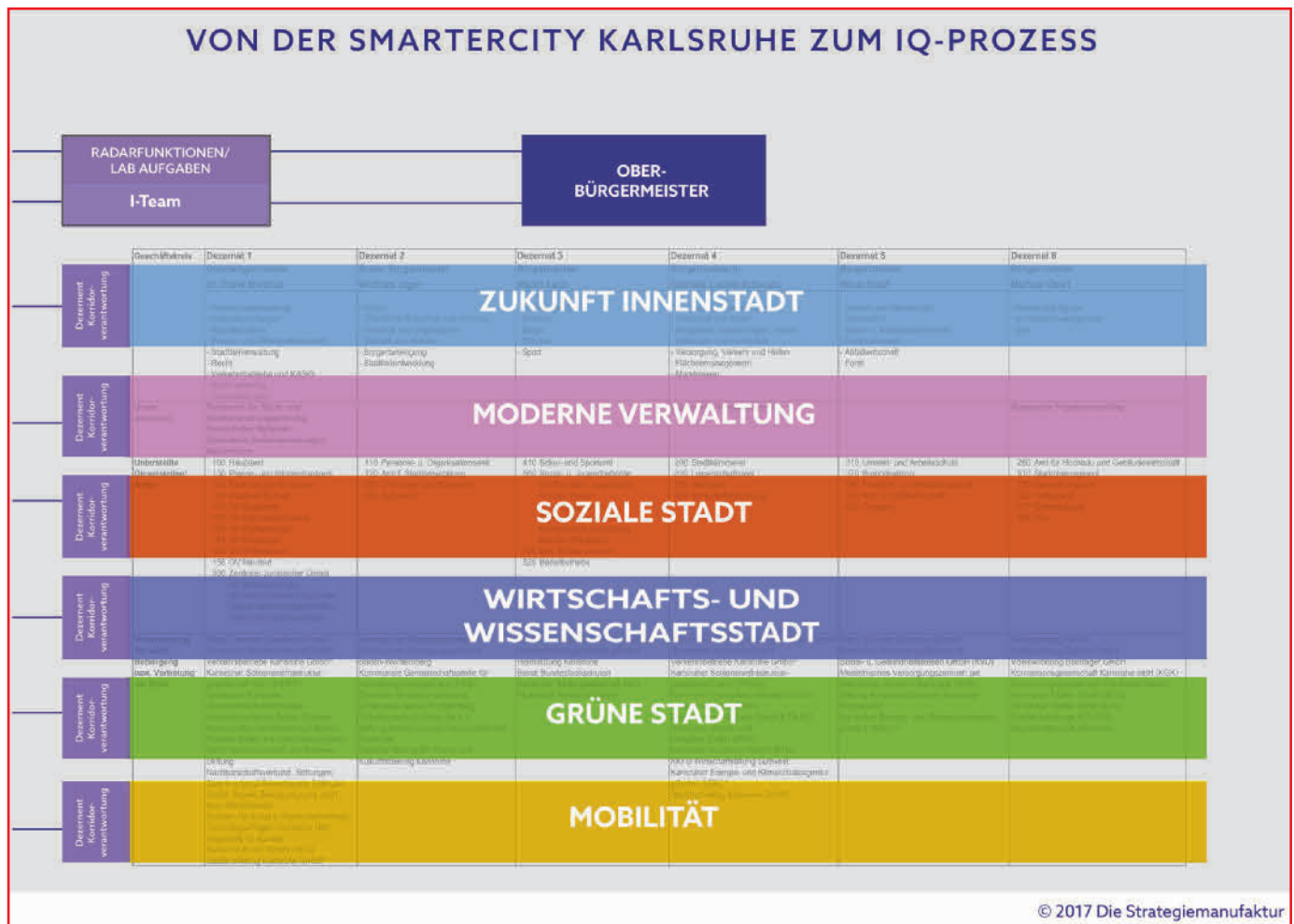
„Digitale Transformation braucht Ziele, Strategien und Strukturen ... Transparenz, Teilhabe und Mitgestaltung“ (Leitlinien der Smart City Charta. Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten. 2017)

SmarterCity Karlsruhe – weiter denken

Die Digitalisierung ist eine der zentralen Herausforderungen für Städte. Sie ist ein Innovationsmotor. Lebenswerte und smarte Städte müssen künftig jedoch die technologischen Innovationen eng mit sozialen und institutionellen Innovationen koppeln. Dieser Dreiklang wird zum Maßstab der Modernisierung.

Die SmarterCity Karlsruhe-Initiative begann 2009 mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft. Das Ziel war, „durch den effizienten Einsatz neuester Technologien die Lebensqualität für die Menschen und die Innovationsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig zu steigern.“ Leuchtturmprojekte waren unter anderem Smartes Quartier, Smarte Kita, Smarter Produktionspark.

Im Jahr 2014 beauftragte die Stadt Karlsruhe „Die Strategiemanufaktur“ mit der Evaluation des Prozesses und der Themen sowie Hinweise auf eine verbesserte Aufbau- und Ablauforganisation in der Stadt.



Die Analyse ergab fünf künftige Handlungsfelder: die Notwendigkeit eines integrierten Gesamtansatzes, die Stärkung der ämter- und dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit, die Verbesserung der Bürgerorientierung, die Schaffung einer gesamtstädtischen Koordinierungsstelle und die Verbesserung der Sichtbarkeit der Projekte.

Strukturen und Teilhabe „neu verdrahten“

Diese „Schwachstellen“ sind seit Jahren Dauerthemen vieler Verwaltungen und betreffen nicht nur das Thema SmarterCity Karlsruhe. Verschärft werden sie künftig durch den massiv beschleunigten Vernetzungsprozess der Digitalisierung aller Lebensbereiche. Dies verlangt die Weiterentwicklung der integrierten Steuerungskompetenz einer Stadtverwaltung.

Die Karlsruher Antwort auf diese Herausforderungen liegt in der Weiterentwicklung der vorhandenen Strukturen und deren Neujustierung. Es geht um das Neu-Verdrahten der ämter- und dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit entlang der politischen Vorgaben und der Prioritäten des Gemeinderats.

Das Schaubild visualisiert die Umsetzung des Lösungsvorschlags von „Die Strategiemanufaktur“, der die Handlungsfelder der Evaluation aufgreift und in drei zentralen Maßnahmen zusammenführt.

- **Erstens:** Es werden sogenannte Themenkorridore etabliert, die die Grundlage der Steuerung zentraler Themen über Ämter- und Dezernatsgrenzen hinweg schafft. Die Korridorthemen bilden so eine neue, zweite Routine der Arbeitsweise der Stadtverwaltung. Die neue IQ-Arbeitsweise (innovativ und quer) ermöglicht eine frühzeitige Quervernetzung und Kommunikation. Hierbei kommen auch neue Methoden zum Einsatz (Agiles Management, Design Thinking etc.).
- **Zweitens:** Die Dezernenten werden in Rolle und Funktion aufgewertet. Sie erhalten jeder zusätzlich zu ihrer vertikalen Dezernatsverantwortung die politische Verantwortung für einen horizontalen Themenkorridor. Durch beide Maßnahmen wird die Wahrnehmung übergreifender Verantwortung auf allen Ebenen gefördert ohne die Fachkompetenz infrage zu stellen.

- **Drittens:** Es wird ein gesamtstädtisches, beim Oberbürgermeister angesiedeltes I-Team eingerichtet. Das „I“ in I-Team steht für Innovation und Integration. Es unterstützt den durch die Korridorthemen angestoßenen verwaltungsinternen Integrationsprozess und öffnet die Stadtverwaltung für Innovationsimpulse von außen. Karlsruhe transformiert so die internationale Diskussion um Innovation Teams auf die eigenen Voraussetzungen vor Ort. Das I-Team ist ein Ort der Öffnung und Verbindung nach innen und außen, sodass Impulse von externen Akteuren wie Zivilgesellschaft oder Unternehmen mit innovativen und kollaborativen Methoden aufgegriffen und in die Prozesse eingespeist werden können.

Die Verbindung dieser drei Maßnahmen ermöglicht das Bestehende kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Neuausrichtung der Verwaltung und ihrer Managementstruktur erleichtert auch die anderen Handlungsfelder der damaligen Evaluation anzugehen:

- die Stärkung einer strategischen Gesamtperspektive,
- die Erhöhung der Sichtbarkeit städtischen Handelns und nicht zuletzt
- die Weiterentwicklung der Bürgerorientierung im Verwaltungshandeln.

Gerade auch dieser letzte Punkt wird durch die Digitalisierung massiv beschleunigt, aber auch unterstützt (Open Government, Open Data, etc.).

IQ-Prozess und Perspektiven

Seit 2015 ist Karlsruhe im Umsetzungsprozess der beschriebenen Maßnahmen des sogenannten IQ-Prozesses (innovativ und quer). Im Juli 2017 hat der Gemeinderat dieser neuen Arbeitsweise zugestimmt und sechs Korridorthemen beschlossen, die jeweils ein Dezernent politisch verantwortet. Dies sind: Zukunft Innenstadt, Moderne Verwaltung, Soziale Stadt, Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt, Grüne Stadt und Mobilität. Auch die Unterstützungs- und Koordinierungsstelle (I-Team) für die Begleitung der weiteren Entwicklung und Öffnung der Verwaltung befindet sich im Aufbau.

Oliver Christopher Will
Geschäftsführer von „Die Strategiemanufaktur“

„Veränderung geht nur über Vertrauen“ – Der Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup im Interview

Städtetag aktuell: Karlsruhe will zukünftig in der Verwaltungsstruktur zentrale Zukunftsthemen innovativ und quer vernetzt angehen, Verwaltungshandeln qualifizieren und die Stadtgesellschaft stärker beteiligen. Welche Erfahrungen haben Sie bisher gemacht?

Mentrup: Die neue innovative Querstruktur bei der Bearbeitung zentraler Themen bringt einen tiefgreifenden Wandel im hierarchisch geprägten Handeln der Verwaltung mit sich und fördert eine neue Kultur der Zusammenarbeit, wie sie bisher nur aus der Projektarbeit bekannt war. Das löst Ängste und Widerstand aus, erst allmählich wächst die Offenheit für einen solchen Veränderungsprozess.

Beratung und Expertise von außen gaben wichtige Impulse. Für die anschließende Umsetzung sind interne Promotoren, deren Offenheit und Begeisterung von Bedeutung. Diese gilt es zu gewinnen, zu einem Team zu formen und eine gemeinsame Vision zu entwickeln, die auch die Vorteile für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzeigt. Schließlich soll die eigene Arbeit effizienter, transparenter, interdisziplinärer und erfolgreicher werden. In Karlsruhe hat sich gezeigt, dass insbesondere die Diskussion in und mit allen Bereichen der Verwaltung bei der Einführung wichtig ist, verbunden mit einer deutlichen Ansage der Stadtspitze und eingebunden in den Prozess der Digitalisierung der stadtinternen Verwaltungsabläufe.

Städtetag aktuell: Sie haben auch die ehrenamtlich gewählten Gemeinderatsmitglieder mitnehmen und von dem neuen Weg überzeugen müssen. Wie waren hier die Reaktionen?

Mentrup: Der Gemeinderat hatte zunächst erhebliche Bedenken, rund ein Jahr hat der Diskussionsprozess gedauert, obwohl es vordergründig ja erst einmal nur um die Neuorganisation von Verwaltungsprozessen geht. Das hatte ich so nicht erwartet. Es gab Befürchtungen, dass mit der neuen Struktur der Gemeinderat

die Zuständigkeit über die Priorisierung wichtiger Themen verliert oder neue Initiativen aus dem Gremium beliebig abgeschmettert werden können. So sehr viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker einerseits eine stringente und effiziente Verwaltung fordern, so zeigte sich hier, wie skeptisch sie gleichzeitig auf eine solche reagieren, sich einige als ehrenamtlich Tätige überfordert bis überfahren fühlen können. In Karlsruhe konnten wir schließlich einerseits auf tolle Ergebnisse mit innovativer Querstruktur in Projekten verweisen, in die wir den Gemeinderat intensiv einbezogen hatten, andererseits aber auch aufzeigen, dass der Gemeinderat ebenfalls von größerer Transparenz profitiert und seine Entscheidungskompetenz damit gestärkt wird, insbesondere bezogen auf sein Haushaltsrecht. Beharrlichkeit, Fingerspitzengefühl und Wertschätzung für alle Akteure und ihre unterschiedlichen Rollen und Perspektiven waren letztlich die Voraussetzung für die erfolgreiche Einführung der IQ-Struktur in Karlsruhe. Veränderung geht nur über Vertrauen. Gleichwohl ist mit dem Gemeinderat eine zeitnahe Evaluation vereinbart worden.

Städtetag aktuell: Werfen wir einen Blick in die Zukunft: Wie soll Ihr Fazit nach fünf Jahren ausfallen?

Mentrup: Die IQ-Struktur hat alle überzeugt und stärker in Verantwortung zusammengeschweißt: Verwaltung, Gemeinderat, externe Kooperationspartner und Bürgerschaft. Die Verwaltung ist in beiden Arbeitsweisen – je nach Thema und Komplexität im klassischen Dienstweg oder eben quervernetzt – kompetent, transparent und leidenschaftlich unterwegs. Agile Arbeitsmethoden haben, wo sinnvoll und gewollt, Eingang sowohl in die Projektarbeit wie in die Routineaufgaben gefunden. Der Gemeinderat erlebt sich als besser informiert und damit kompetenter in der Steuerung der Stadt in den zentralen Zukunftsthemen. Und was mir besonders wichtig ist: Wir gestalten zusammen die Stadt, das macht stark und selbstbewusst, steigert das Wir-Gefühl nach innen und nach außen.

Folgen Sie dem Deutschen Städtetag auf Twitter unter  [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag).

33 Projekte für Deutschen Bauherrenpreis 2018 nominiert

Der Deutsche Bauherrenpreis 2018 ist entschieden. In einer ersten Stufe hat eine unabhängige Jury 33 hervorragende Wohnungsbauten auf eine Nominierungsliste gesetzt und elf Themengruppen zugeordnet. Daraus werden am 21. Februar 2018 bei der Preisverleihung in Berlin elf Gewinner bekannt gegeben.

Der Deutsche Bauherrenpreis zeichnet Wohnungsbauprojekte aus, die am Spannungsfeld von hoher Qualität und tragbaren Kosten ansetzen und dabei die besondere Rolle des Bauherren hervorheben. Der Preis wird auch vom Deutschen Städtetag unterstützt.

Die 33 nominierten Projekte finden Sie im Bereich Presse unter www.staedtetag.de.

Köln, Magdeburg, Witzin: Preisträger Deutscher Nachbarschaftspreis 2017

Die nebenan.de Stiftung rief in diesem Jahr erstmals den Deutschen Nachbarschaftspreis aus, um aktive Nachbarn auszuzeichnen, die sich für ein offenes, solidarisches und demokratisches Miteinander einsetzen. Der Deutsche Städtetag ist Netzwerkpartner. Es gingen 1.300 Bewerbungen ein. Am 13. September erhielt die Bürgerinitiative Agora Köln mit ihrem Projekt „Tag des guten Lebens“ den ersten Preis, der mit 15.000 Euro dotiert ist. Den zweiten Platz teilen sich das Projekt „Lebensmittel retten Magdeburg“ sowie das Projekt „Witzin macht Zukunft“ und erhalten jeweils 7.000 Euro Preisgeld.

Weitere Informationen auch zu den weiteren Landes-siegern unter www.nachbarschaftspreis.de.

Fachinformationen

Kommunales Finanzmanagement nach der Reform des Einlagensicherungsfonds

Die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages hat die Mitgliedsstädte zur notwendigen Neuausrichtung der bisherigen städtischen Strategien bei Geldanlagen befragt. Grund dafür ist der Beschluss des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., die Einlagensicherung für Kommunen ab dem 1. Oktober 2017 abzuschaffen.

Die zentralen Eckpunkte der kommunalen Geldanlage sind Sicherheit, Rentabilität und Liquidität. Ausreichende Sicherheit hat bei kommunalen Geldeinlagen Priorität. Der Wegfall der Einlagensicherung des Bankenverbandes für kommunale Geldeinlagen ist dementsprechend gravierend und inakzeptabel. Die Auswertung der Umfrage enthält zum einen Einschätzungen und Wertungen der Reform sowie vorliegender Veröffentlichungen des Bankenverbandes und zum anderen Aussagen zu aktuellen Anlagestrategien, örtlichen Anlagerichtlinien und Hinweise zu notwendigen Anpassungen der rechtlichen Regelungen für kommunale Geldanlagen. Eine detaillierte Auswertung sowie eine Materialsammlung zu Anlagerichtlinien und Dienstanweisungen kann bei der Hauptgeschäftsstelle angefordert werden. Mehr Informationen finden Sie auch in unserem Mitgliederservice Extranet im Bereich Finanzen unter <http://extranet.staedtetag.de>.

Neuaufgabe des Handbuchs „Kommunale Redepraxis“ erschienen

Kommunikation ist das wichtigste Führungsinstrument. Für Städte und ihre Verwaltungen gilt dies in ganz besonderer Weise, denn die Spannbreite an Kommunikationspartnern und Themenfeldern ist dort nahezu unerschöpflich. Das Buch „Kommunale Redepraxis“ bietet Führungskräften eine schrittweise Anleitung, gelungene Reden vorzubereiten und zu halten.

In den neuen Kapiteln der 2. Auflage werden zudem die Themen „Social Media“ sowie „Bürgerbeteiligung und Bürgermitwirkung“ behandelt. Jedes Kapitel wird durch Checklisten und Übersichten ergänzt. Besonderen Wert legen die Autoren Dr. Sylvia Löhken und Norbert Brugger auf Faktoren, die eine Führungskraft in ihrer Kommunikation glaub- und vertrauenswürdig machen – und damit auf Dauer erfolgreich.

Das Buch richtet sich vor allem an Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte, Beigeordnete, Amtsleiter, Stadträte, Gemeinderäte, Kreisräte und andere Führungskräfte sowie an Bewerberinnen und Bewerber für Führungspositionen.

Das Handbuch „Kommunale Redepraxis“ ist bei Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag erschienen, ISBN 978-3-555-01808-9, und kostet 42 Euro.

Deutscher Städtetag



Der langjährige Oberbürgermeister der Stadt Kassel, **Bertram Hilgen**, wurde am 12. September aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages verabschiedet. In der Stadt, an deren Spitze Bertram Hilgen Zwölf Jahre stand, dankte Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse ihm für sein Engagement für die

Städte und im Städtetag. Der Sozialdemokrat schied im Juli 2017 aus seinem Amt aus, nachdem er aus Altersgründen nicht erneut zur Wahl angetreten war. Er engagierte sich seit 2005 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Neu im Amt



Bayerischer Städtetag: Der Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, **Dr. Kurt Gribl** (CSU), ist neuer Vorsitzender des Bayerischen Städtetages. Er folgt auf Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, der nach sechs Jahren als Vorsitzender des Bayerischen Städtetages aus

diesem Amt verabschiedet wurde. Gribl steht seit 2008 an der Spitze der Stadt Augsburg. Er ist Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Städtetages und seit 2014 Mitglied im Präsidium.

Geburtstage



Der Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück, **Wolfgang Griesert**, feiert am 6. Oktober seinen 60. Geburtstag. Der Christdemokrat steht seit 2013 an der Spitze der Stadt. Er ist Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Städtetages. 2014 wurde er ins Präsidium gewählt und gehört

seitdem auch dem Hauptausschuss an.



Kurt Seggewiß, Oberbürgermeister der Stadt Weiden in der Oberpfalz, wird am 14. Oktober 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat wurde 2007 ins Spitzenamt gewählt und im Jahr 2014 in seinem Amt bestätigt.



Christian Ude, Oberbürgermeister a.D. der Landeshauptstadt München, feiert am 26. Oktober seinen 70. Geburtstag. Er leitete 21 Jahre lang die Geschicke der Landeshauptstadt München. Von 2005 bis 2009 und von 2011 bis 2013 war Christian Ude Präsident des Deutschen Städtetages,

dazwischen Vizepräsident und seit 1996 Mitglied im Präsidium. Bei der Hauptversammlung 2015 wurde er zum Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages gewählt.

Todesfall

Dr. Hinrich Lehmann-Grube, Oberbürgermeister a.D. der Stadt Leipzig, ist im Alter von 84 Jahren am 6. August 2017 verstorben. Dr. Lehmann-Grube wurde bei der ersten freien Kommunalwahl im Juni 1990 zum Oberbürgermeister von Leipzig gewählt und stand acht Jahre an der Spitze der Stadt. Zuvor hatte der Sozialdemokrat seit 1979 als Oberstadtdirektor in Hannover gewirkt. Beim Deutschen Städtetag war er von 1957 bis 1967 als Beigeordneter tätig.



© Andreas Grasser
Bundesweiter Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“

SERVICESTELLE ● ● ●
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen

-  **Fairer Handel und Faire Beschaffung**
-  **Global Nachhaltige Kommune**
-  **Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen**
-  **Migration und Entwicklung**



Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn
www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Stadtentwicklung

2. Netzwerktreffen Gestaltungsbeirat

Veranstaltung der Stadt Freiburg in Kooperation mit der Bundesstiftung Baukultur, dem Deutschen Städtetag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund
20. Oktober 2017 in Freiburg im Breisgau

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Wirtschaft

Kommunale Politik und Wirtschaftsförderung – zwei Seiten einer Medaille?

Kongress in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik
28. und 29. November 2017 in Kassel

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Umwelt

Erneuerbare Wärme – Kommunale Vorbilder zum Nachahmen

Themenseminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
27. September 2017 in Frankfurt am Main

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Gesellschaft

Internationaler Dresdener Dialog – Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Demokratie fördern

Konferenz der Landeshauptstadt Dresden mit Unterstützung des Deutschen Städtetages
2. und 3. Oktober 2017 in Dresden

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Verkehr

7. Speyerer Kommunaltage „Verkehrswende“

Tagung der Universität in Speyer
28. bis 29. September 2017 in Speyer

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Internationales

Bonn-Symposium: Lokale Partnerschaften. Die Agenda 2030 weltweit gemeinsam umsetzen

Symposium der Stiftung Entwicklung und Frieden, der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und des Landes Nordrhein-Westfalen
5. bis 6. Dezember 2017 in Bonn

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, September 2017

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de